

Antrag A-11
SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Empfehlung der Antragskommission
Weiterleitung an AG Digitales beim Landesvorstand
& Aufnahme in das Arbeitsprogramm des Bezirks-
vorstands

Digitaler Kapitalismus: Mitbestimmung verteidigen, Betriebsverfassungsgesetz fit machen!

1 "Mehr Demokratie wagen" - ein Zitat, dass jede*r
2 Sozialdemokrat*in kennt. Kein geringerer als der
3 erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Nach-
4 kriegszeit zog mit diesem Slogan in den Wahlkampf
5 und lebte ihn in seiner Kanzlerschaft. Unter der Re-
6 gierung von Willy Brandt wurden betriebliche Mit-
7 bestimmungsrechte nicht nur gegen zunehmenden
8 Widerstand der Arbeitgeber*innen verteidigt, son-
9 dern ausgebaut und weitgehend reformiert.
10 **Historische Veränderungen bedürfen historischen**
11 **Reformen!**
12 Die Arbeitnehmer*innenvertretung in der Wirt-
13 schaft hat in Deutschland eine weitreichende Tradi-
14 tion. Bereits nach dem ersten Weltkrieg, in Zeiten
15 des Wiederaufbaus und der Ausrufung der ersten
16 deutschen Republik kämpften Arbeiter*innen für
17 den Ausbau der demokratischen Mitbestimmung in
18 den Unternehmen. So wurde bereits im Jahre 1920
19 das Betriebsrätegesetz in der Weimarer Reichsver-
20 fassung verankert, um in der Hitler-Diktatur wie-
21 der gestrichen zu werden. Mit dem Wandel in der
22 Arbeitswelt erfolgten auch ein Wandel und eine
23 zunehmende Ausdehnung der betrieblichen Mit-
24 bestimmung. In den 50er Jahren wurde das bis
25 heute weitgehend als Vorbild angesehene Montan-
26 Mitbestimmungsrecht und damit eine paritätische
27 Repräsentation bei Kohle- und Stahlunternehmen
28 verabschiedet.
29 Maßgeblich für diesen Erfolg verantwortlich wa-
30 ren die IG Metall und die IG Bergbau. Durch in-
31 dustrielle Neuaufstellungen gerieten die Gesetze
32 immer wieder unter Beschuss und hatten mit di-
33 versen Herausforderungen zu kämpfen. Dies ist al-
34 lerdings kein historisches Phänomen, sondern ak-
35 tueller denn je. Auch heute stecken wir wieder
36 mitten in einem Umbruch der Arbeitswelt. Ne-
37 ben kleinen Start-Up-Unternehmen, die auf dem
38 Markt um Nischenbranchen konkurrieren, breitet
39 sich die Digitalisierung immer weiter aus und
40 schafft neue Arbeitsmöglichkeiten. Neben Click-
41 Working und Plattform-Ökonomie sind unter ande-
42 rem App-Dienstleistungen zu nennen. Diese Formen
43 sorgen für Flexibilität auf der einen, laden allerdings
44 auf der anderen zur Ausbeutung ein.

45 Wie das aktuelle Beispiel von Fahrrad-Lieferdiensten
46 zeigt, bringt die Digitalisierung neue Branchen zum
47 Vorschein. Branchen, von denen wir uns vor ein paar
48 Jahren nicht hätten vorstellen können, dass sie auf
49 dem Arbeitsmarkt bestehen würden. Was wir eben-
50 falls mittlerweile erkannt haben, ist, dass die Betrie-
51 be, die in dieser Nische konkurrieren, sich in den Ar-
52 beitsbedingungen zu unterbieten versuchen. Bünd-
53 nisse wie "Lieferrn am Limit" wirken dem entgegen
54 und streiten solidarisch mit den Gewerkschaften da-
55 für, dass diese Branche nicht mehr in der Lage ist, die
56 geltenden Arbeitsschutzrichtlinien zu umgehen.

57 Hierbei offenbart sich die Herausforderung, vor der
58 die Sozialdemokratie steht: die bestehenden For-
59 men des Arbeitsschutzes auf neue Formen der Ar-
60 beit anzuwenden. Wir müssen uns solidarisch in die
61 Bewegung aus digitalisierten Arbeiter*innen und
62 Gewerkschaften einreihen und dafür sorgen, dass
63 auch diese Menschen in ihrem Schaffen geschützt
64 werden. Auf der Straße und in den Parlamenten.

65 **Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG)!**

66 Das Betriebsverfassungsgesetz wurde im Jahre 1952
67 durch den Bundestag verabschiedet und seitdem
68 vielfach novelliert. Das letzte Mal allerdings vor ge-
69 schlagenen 16 Jahren. Hierin zeigt sich das Problem.
70 Vor 16 Jahren waren technische Entwicklungen nicht
71 annähernd auf dem Stand, auf dem sie sich heu-
72 te befinden. Neben der Abwesenheit von Smart-
73 phones, sind außerdem Computer mittlerweile flä-
74 chendeckend im Einsatz. Auch schwere körperliche
75 Arbeit hat sich an vielen Stellen erledigt und wird
76 heutzutage durch Maschinen ausgeführt. Kurz: Die
77 Digitalisierung hat viele neue Techniken in die Ar-
78 beitswelt integriert, welche vom BetrVG nicht er-
79 ahnt werden konnten.

80 Ein Faktor hierbei ist außerdem die Vertretung im
81 Generellen. Bei neuen Unternehmensformen, wie
82 beispielsweise dem Click-Working oder Plattform-
83 Arbeiten über Apps, handelt es sich zumeist um
84 Sub-Unternehmer*innen und Dienstleister*innen,
85 die selbstständig agieren. Neben Nachteilen bei Ver-
86 sicherungsfragen zieht dieses Modell insbesonde-
87 re auch das Fehlen einer betrieblichen Vertretung
88 nach sich. Diese Menschen haben keine Vertretung,
89 welche sie vor Kündigung schützt oder Tarife für sie
90 aushandelt. Entscheidend ist hierbei, dass das Phä-
91 nomen der Scheinselbstständigkeit aktiv bekämpft
92 wird und Unternehmen, die nachhaltig davon Ge-
93 brauch machen, mit hohen Sanktionen bestraft wer-
94 den. Uber, Foodora, Lieferando und viele weitere
95 nutzen nach wie vor Schlupflöcher, um ihre Arbeit-

96 nehmer*innen auszubeuten. Als sich diese wehren
97 und einen Betriebsrat gründen wollten, wurden die
98 Verträge der Kandidat*innen schlichtweg nicht ver-
99 längert. Reine Schikane-Maßnahmen wie diese dür-
100 fen nicht zum Alltag werden.

101 Des Weiteren wird der Begriff des Betriebes, der
102 durch das BetrVG festgelegt ist, durch die fortschrei-
103 tende Digitalisierung und zunehmende Internatio-
104 nalisierung ausgehöhlt. Betriebe agieren mittler-
105 weile weltweit und nicht mehr standortgebunden.
106 Ein Beispiel dafür sind Clickworker, die sich über
107 Portale vernetzen und Aufträge gestellt bekommen,
108 welche sie von zuhause erledigen. Oder aber diejeni-
109 gen, die sich über Apps Aufträge abholen, letztend-
110 lich allerdings über die ganze Bundesrepublik ver-
111 teilt sind. Ein weiteres Problem ist das Franchising
112 von Unternehmen in der gesamten Europäischen
113 Union. Große Konzerne wie z.B. Volkswagen be-
114 schäftigten Arbeiter*innen über die gesamte EU ver-
115 teilt zu unterschiedlichen Bedingungen und ohne
116 einheitliche Vertretung, obwohl deren Arbeit mitt-
117 lerweile grenzüberschreitend geschieht.

118 Aus gegebenen Gründen fordern wir die verpflich-
119 tende Einführung von Betriebsräten ab einer Un-
120 ternehmensgröße von 50 Beschäftigten. Diese sind
121 stets an der digitalen Entwicklung auszurichten,
122 sodass sich Arbeitnehmer*innen auch ortsunab-
123 hängig organisieren können. Subunternehmen und
124 Ausgliederungen werden hierbei als Teil des Unter-
125 nehmers begriffen. Sofern sich innerhalb der Sub-
126 unternehmen allerdings mehr als 50 Angestellte be-
127 finden, wird auch hier die Einführung eines eigenen
128 Betriebsrates verpflichtend.

129 **Reguläre Arbeitsverhältnisse wieder zur Regel ma-
130 chen!**

131 Das Konzept der Leih- und Kurzarbeit wurde im ur-
132 sprünglichen Gedanken eingeführt um den Unter-
133 nehmer*innen die Möglichkeit zu geben, Arbeitneh-
134 mer*innen für Produktionsspitzen anzustellen und
135 diese dann nach kurzer Zeit wieder zu entlassen.
136 Dies sollte für Beschäftigte besonders den Vorteil
137 haben, dass die Vermittlung von Arbeit leichter von-
138 statten gehen würde und demnach Arbeitsbeschaf-
139 fungsmaßnahmen höheren Erfolg aufweisen wür-
140 den. Es kam allerdings anders.

141 Die leichten Regelungen bezüglich Leih- und Zeit-
142 arbeiter*innen luden Unternehmer*innen dazu ein,
143 dieses Instrument dazu zu nutzen, die regulären Ta-
144 rife auszuhebeln und somit eine Gewinnmaximie-
145 rung auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen zu
146 betreiben. Dies stört nicht nur den Betriebsfrieden,

147 sondern teilt auch Arbeitnehmer*innen in unter-
148 schiedliche Klassen ein. Der Grundgedanke der Leih-
149 und Zeitarbeit gehört geschützt, muss allerdings
150 Menschen, die sich in solchen Verhältnissen befin-
151 den, die Möglichkeit geben, auf absehbare Zeit in ge-
152 regelte Verhältnisse mit Planbarkeit zu gelangen.
153 Deshalb fordern wir, dass die Vertretungs- und Mit-
154 bestimmungsrechte aller Beschäftigten innerhalb
155 eines Unternehmens gleich sind. Außerdem spre-
156 chen wir uns für das französische Modell der Leih-
157 arbeit aus, nachdem die Leih- und Zeitarbeitneh-
158 mer*innen bis zu 15% mehr Lohn erhalten als norma-
159 le Angestellte. Somit haben Unternehmer*innen ei-
160 nen Anreiz, Menschen in reguläre Arbeit zu bringen.
161 Die SPD war schon immer nicht nur die Partei der Ar-
162 beitnehmer*innen, sondern auch die Partei der Ar-
163 beit. Lasst und gemeinsam den Weg der arbeitswelt-
164 lichen Veränderungen beschreiten und ihn gestal-
165 ten!